

Grüne fordern sofortiges Glyphosatverbot - Über 121.000 Unterstützer!

Olga Voglauer von den Grünen fordert ein schnelles Glyphosatverbot. Experten diskutierten Risikofaktoren in einer Parlamentsanhörung.

Parlament, Österreich - Am 4. April 2025 fand im österreichischen Parlament das öffentliche Experten-Hearing zum Thema Glyphosat statt, bei dem auch die gesundheitlichen Risiken der Anwendung des umstrittenen Pflanzenschutzmittels diskutiert wurden. Olga Voglauer, Landwirtschaftssprecherin der Grünen, forderte ein schnelles Verbot von Glyphosat, da sowohl Bäuer:innen als auch berufliche Anwender:innen sich einem erheblichen Gesundheitsrisiko aussetzen. Dies entspricht der Meinung von 121.734 Unterstützern des Volksbegehrens „Glyphosat verbieten!“, das bereits im Nationalrat eingebracht wurde, wie **ots.at** berichtet.

Die WHO stuft Glyphosat seit 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ ein, während Studien mögliche Zusammenhänge zwischen dem Stoff und Parkinson sowie anderen gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufzeigen. Biochemiker Helmut Burtscher-Schaden äußerte sich besorgt über das toxikologische Profil von Glyphosat und kritisierte die Zulassungsverfahren europäischer Behörden als „wissenschaftlich nicht haltbar“. Die Klimaschutzorganisation Global2000 hat eine Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht, um auf diese Risiken aufmerksam zu machen.

Gesundheitsrisiken im Fokus

In Deutschland wurde 2024 das „Parkinson-Syndrom durch Pestizide“ als Berufserkrankung anerkannt, was die Diskussion um Glyphosat weiter anheizt. Voglauer zeigte sich enttäuscht über die Ablehnung eines Antrags der Grünen, der ein sofortiges Verbot von Glyphosat sowie PFAS-Pestiziden forderte. Die Regierungsfractionen sind jedoch gegen ein solches Verbot und unterstützen die weitere Zulassung des Wirkstoffs.

Die Argumentation für die Unbedenklichkeit von Glyphosat wird vor allem von verschiedenen internationalen Regulierungsbehörden unterstützt. Laut [glyphosate.eu](https://www.glyphosate.eu) hat die US-Umweltbehörde EPA zahlreiche Studien zur Karzinogenität von Glyphosat ausgewertet und bestätigt, dass keine besorgniserregenden Risiken für die Gesundheit bestehen. Ähnlich kamen die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) sowie die europäischen Mitgliedstaaten zu dem Schluss, dass Glyphosat sicher verwendet werden kann.

Kontroversen und wissenschaftliche Bewertungen

Dennoch bleibt die Einschätzung umstritten, insbesondere da die IARC, eine der vier WHO-Agenturen, Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ klassifiziert. Diese Bewertung steht im Widerspruch zu den Ergebnissen anderer internationaler Institutionen wie dem Internationalen Programm für Chemikaliensicherheit und JMPR, die Glyphosat nicht als krebserregend einstufen. Die Korrespondenz zwischen verschiedenen wissenschaftlichen Einschätzungen verdeutlicht die Herausforderungen bei der Regulierung und Bewertung solcher Substanzen.

In Deutschland ist das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) für die ausführliche Untersuchung von Glyphosat verantwortlich und hat über 1000 relevant Studien analysiert. Diese Prüfungen zeigen, dass Glyphosat bei bestimmungsgemäßer Anwendung

kein krebserzeugendes Risiko für den Menschen darstellt und auch keine entwicklungs- oder teratogenen Eigenschaften aufweist, wie **bfr.bund.de** feststellt.

In Anbetracht der entgegenstehenden Perspektiven wird die Debatte über Glyphosat weiterhin intensiv geführt. Während die Umwelt- und Gesundheitsorganisationen ein sofortiges Verbot fordern, vertreten viele Regulierungsbehörden eine unbedenkliche Sichtweise, die auf umfangreichen Studien und Analysen basiert. Die öffentlichen Meinungen und politischen Entscheidungen könnten letztlich entscheidend dafür sein, wie sich die Regulierung von Glyphosat in den kommenden Jahren entwickeln wird.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Parlament, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.glyphosate.eu• www.bfr.bund.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at